

Sehr geehrte Frau Moritz,

vielen Dank für die Fragen. Ich finde es auch sehr bedauerlich, dass das Forum ausgefallen ist und kann die Absage auch nicht wirklich nachvollziehen. Im Folgenden in aller Kürze meine Stellungnahme:

1. Hat für Sie kommunale Schulsozialarbeit auch eine gesamtgesellschaftliche und damit bundespolitische Bedeutung

Selbstverständlich hat kommunale Schulsozialarbeit gesamtgesellschaftliche und damit bundespolitische Bedeutung. Die sozialen Widersprüche sind im täglichen Leben der Kommune spürbar; vor allem in Leipzig. Schulsozialarbeit ist bei uns ein Schwerpunkt der Jugendsozialarbeit. Im Schuljahr 2011 / 2012 konnten an 50 öffentlichen Schulen sozialpädagogische Angebote gemacht werden. Es gibt aber in unserer Stadt 104 allgemeinbildende Schulen (Grund- und Oberschulen, Gymnasien), 15 kommunale Förderschulen und 10 kommunale Berufsschulzentren. An diesen Zahlen sieht man, dass Schulsozialarbeit nicht eingeschränkt bzw. abgebaut werden kann, sondern erweitert werden muss. In Leipzig geht die soziale Schere immer weiter auseinander. Jedes 3. Kind ist von Transferleistungen - SGB II - abhängig. Neben Duisburg ist Leipzig Armutshauptstadt in Deutschland.

Armut, Leistungszwänge, schulumüde Jugendliche, SchülerInnen ohne Schulabschluss, Familien mit Trennungs-problemen, Suchtprobleme bei Eltern, Geschwister, Mobbing im Schulalltag; - all das und noch viel mehr belasten Kinder und Jugendliche. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass die Zahl erziehungsunfähiger und -unwilliger Eltern steigt. Auch das hat gesellschaftliche Ursachen. Der Schulsozialarbeiter ist Zuhörer, Vertrauter, Moderator und Helfer. Die finanziellen Mittel, die gegenwärtig in der Bundesrepublik für die "Reparatur" von Fehlentwicklungen bei Kindern und Jugendlichen ausgegeben werden, sollten eher frühzeitig zum Einsatz kommen. Politiker beklagen häufig die hohen Sozialausgaben beim Bund, Land und der Kommune. Ursachen liegen in einer verfehlten Sozialpolitik. Schulsozialarbeit kann und soll unterstützen.

2. Im Falle Ihres (Wieder-)Einzugs in den Bundestag - setzen Sie sich für die Fortschreibung des Programms Bildung und Teilhabe inklusive der Möglichkeit der Förderung der kommunalen Schulsozialarbeit aus diesem Programm ein ?

Das ist für mich eine sehr wichtige Aufgabe. Die unterschiedlichen sozialen Problemlagen von Kindern und Jugendlichen zeigt die Notwendigkeit von Schulsozialarbeit. Für mich nicht nachvollziehbar ist, dass diese Aufgabe als freiwillige Aufgabe deklariert wird. Sicher, ich habe zum Bildungs- und Teilhabepaket eine gespaltene Meinung, aber die Teile Schulsozialarbeit und Schülerspeisung halte ich für unverzichtbar.

Die Bundesratsinitiative zur Beibehaltung dieser Programme wurde von den CDU-FDP-regierten Ländern, darunter auch Sachsen mit Ministerpräsident Tillich, leider abgelehnt. Diese politischen Machtkämpfe auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen sind zu verachten. Im Oktober soll im Bundesrat die endgültige Entscheidung fallen. Dann wissen wir, ob sich der Bund an der Finanzierung weiter beteiligen wird oder ob er auch diese Aufgabe auf die Kommunen abwälzt.

3. Die Entscheidung über die Fortführung/Ausgestaltung von BuT wird sich

hinziehen - 16 bisher über BuT geförderte Schulsozialarbeiterstellen drohen mit Jahresbeginn 2014 und damit mitten im Schuljahr wegzubrechen. Setzen Sie sich bei der Ratsfraktion Ihrer Partei dafür ein, eine Übergangsförderung bis wenigstens Juli 2014 in den städtischen Haushalt einzustellen (ca. 411.000 €)?

Ich habe mich hier nochmal kundig gemacht und denke das ist gar nicht erforderlich. Es sind bereits verschiedene Anträge der Fraktionen SPD, Bündnis 90 Die Grünen und auch DIE LINKE im Verfahren. Ziel ist es, zu mindestens das bisherige Angebot an Schulsozialarbeit in der Stadt Leipzig aufrecht zu erhalten. Der Vorschlag der Stadtverwaltung, von den 16 bisher über BuT geförderten Sozialarbeiterstellen nur 6 an Mittelschulen (4,8 VZÄ) weiter zu führen, reicht den LINKEN nicht aus. Die Argumentation des Freistaates, die Mittel für Schulsozialarbeit aus der Jugendpauschale zu nehmen, lehnen wir ab. Das würde eine starke Kürzung bei Vereinen und Verbänden bedeuten oder man kann es auch mit anderen Worten sagen: Man versucht Kinder- und Jugendprojekte gegen Schulsozialarbeit auszuspielen. Nicht mit uns. Kommen von Bund und Freistaat keine weiteren finanziellen Unterstützungen, wird es harte Auseinandersetzung in der Haushaltsdiskussion 2014 geben. Die Stadtratsfraktionen von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und DIE LINKE müssen hier gemeinsam auftreten, um einige Erfolge zu erreichen.

Mit freundlichen Grüßen,

Mike Nagler